



Projektland: Kroatien

Quartalsbericht: Januar bis März 2009

Innenpolitik

Nach einem Jahr der von der HDZ-geführten Koalitionsregierung steht die Regierung vor großen Herausforderungen sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch als auch wirtschaftlich.

Die Vorbereitungen für die Kommunalwahlen, die am 17. Mai 2009 stattfinden, sind voll im Gange. Zum ersten Mal werden Bürgermeister direkt gewählt. Das Gesetz über die Direktwahl wurde am 17.10.2007 verabschiedet, laut dem die Bürgermeister der 127 Städte und 429 Gemeinden, die 20 Zupani (Regierungsbezirkpräsidenten), der Oberbürgermeister der Stadt Zagreb sowie deren Stellvertreter direkt gewählt werden. Somit bekommen die direktgewählten Bürgermeister umfangreichere Befugnisse als bisher. Eine Novelle ist auch die Abschaffung der Stadt-, bzw. Gemeindeverwaltung, die durch die Funktion der Abteilungsleiter ersetzt wird.

Mit diesem Gesetz, für welches ein politischer Konsens aller Parteien erreicht wurde, soll unter anderem der Handel mit Mandaten gestoppt werden und mehr Demokratie auf der kommunalen Ebene erreicht werden. Besonders nach den letzten Kommunalwahlen im Mai 2005 kam der Handel mit Mandaten zum Ausdruck, als es möglich wurde, dass Parteien mit nur wenigen Sitzen aufgrund von an Tauschgeschäfte erinnernden Verhandlungen Präfekten- oder Bürgermeisterposten bekommen. Dies hat dazu geführt, dass in Kroatien erneut eine Debatte über die Direktwahl von Bürgermeistern und Präfekten stattgefunden hat, wobei selbst Ministerpräsident Sanader eine Änderung des Wahlgesetzes in diesem Sinne befürwortet hat.

Die Wählerpräferenz einen Monat vor den Kommunalwahlen erweist, dass seit Monaten an der Spitze die oppositionsführende SDP (Sozialdemokratische Partei) mit 29 % steht. Die regierende HDZ (Kroatische Demokratische Partei) kann zur Zeit mit einer Wählergunst von 23 % rechnen. In der bipolarisierten politischen Landschaft Kroatiens schaffen nur noch zwei weitere Parteien die 5 % Wahlhürde, nämlich die linksliberale HNS (Kroatische Volkspartei) mit 5,9 % und die HSS (Kroatische Bauernpartei) mit 5,1 %. Die HDZ hat mit der HSS gemeinsame Auftritte bei den Wahlen vereinbart. Dies gilt für alle 20 Komitate sowie in der Mehrheit der Städte und Gemeinden.

Die Einbußen der Popularität der HDZ kann u. a. auf die Verlangsamung des EU-Verhandlungstempos, die Wirtschaftskrise sowie Affären zusammengeführt werden, von denen der Kauf eines neuen BMW für den Parteipräsidenten nur eine ist. Dies wurde von der Öffentlichkeit als ein Zeichen der sozialen Unempfindlichkeit empfunden. Gemäß einiger Umfragen sind die größten Sorgen der kroatischen Bürger zur Zeit die Arbeitslosigkeit und Korruption.

Außenpolitik

Kroatien ist mit einer Verlangsamung des EU-Beitritts tempos konfrontiert. Der Kroatien-Berichterstatter des Europaparlaments Swoboda sowie die EU-Kommission forderten Kroatien auf, die Umsetzung der Reformen in den Bereichen Justiz und Verwaltung sowie im Kampf gegen die organisierte Kriminalität weiter zu verfolgen.

Die kroatischen EU-Verhandlungen wurden derzeit wegen des Grenzstreits durch Slowenien blockiert.

Seit Anfang des Jahres wurden 10 Kapitel blockiert. Damit hat Slowenien im Grenzstreit mit Kroatien sein schärfstes Instrument eingesetzt. Slowenien vertritt die Meinung, dass kroatische Dokumente in den EU-Beitrittsverhandlungen den Grenzverlauf präjudizieren. Sollte Slowenien den kroatischen Dokumenten zustimmen, meint Slowenien, würde es damit die kroatische Position annehmen.

Im Grenzstreit geht es um die Seegrenze in der Bucht von Piran und Zugang zum offenen Meer sowie um den Grenzverlauf entlang des Flusses Dragonja, der in die Bucht mündet. Kroatien setzt sich für die Einschaltung des internationalen Gerichtshofs in diesem Konflikt ein, Slowenien für eine politische Lösung.

Wegen des Streits wurde auch die Beitrittskonferenz mit Kroatien auf Ende April, um einen Monat, verschoben. All dies stellt in Frage das ehrgeizige Ziel Kroatiens, der EU bis 2010 beizutreten.

Es gab einen weiteren Versuch durch einige slowenische im Parlament vertretenen Parteien, die Grenzfrage durch die Blockade des kroatischen NATO-Beitritts zu erzwingen. Der Beitritt zur NATO gilt als zweite außenpolitische Priorität Kroatiens, zu dem das Kroatische Parlament mit großer Mehrheit zugestimmt hat. Von den 153 Abgeordneten sprachen sich 119 für den Beitrittsvertrag aus. Ministerpräsident Sanader bezeichnete das Bündnis nicht nur als eine militärische Allianz, sondern ein "Bündnis der Werte". Kroatien wird dadurch, meinte Sanader, auch ein "Exporteur der Sicherheit" werden.

Kroatien ist auf dem NATO-Gipfel Anfang April offiziell in das Militärbündnis aufgenommen worden.

Wirtschaft

Während noch zum Jahresanfang die Regierung ein optimistisches Wirtschaftswachstum von 3,5 % prognostizierte, hat sie jedoch kurz darauf bekannt gegeben, dass sich das Land in der Rezession befindet. Die Spuren einer Rezession, erstmals seit 10 Jahren, waren bereits ab Mitte letzten Jahres zu spüren.

Das erwartete Wirtschaftswachstum in diesem Jahr ist 2 bis 4 % weniger als im Vorjahr, als Bürde erweist sich neben dem hohen Leistungsbilanzdefizit auch die hohe Auslandsverschuldung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (rund 90 % des BIP). Ein großes Problem stellen die in diesem Jahr fälligen Tilgungsverpflichtungen von 11 Mrd. Euro. Die Regierung beabsichtigt, sich bei den einheimischen Banken zu verschulden, um die Verpflichtungen erfüllen zu können. Dazu hat die Kuna nur binnen einiger Monate an Wert verloren.

Laut Notenbankgouverneur Rohatinski gibt es drei Faktoren, die die weitere wirtschaftliche Entwicklung negativ beeinflussen können: Sinkende Binnennachfrage, Rückgang des Auslandsinvestitionsvolumens sowie ungünstige Verschuldungsmöglichkeiten im Ausland.

Allgemeine Lebenskosten sind um mehrere Prozentpunkte teurer geworden, die Arbeitslosigkeit steigt, die Löhne und Gehälter sind eingefroren.

Kroatien befindet sich in einer schwierigen Krise, vielleicht der schwersten seit der Unabhängigkeit. Die Frage ist, inwieweit sich die Regierung für die Behandlung der Krise vorbereitet hat, wie schnell die unternommenen Anti-Rezessions-Maßnahmen sich positiv auf die Erholung der Wirtschaft auswirken, wobei der Eindruck entsteht, dass es an einem klaren Konzept für den Ausweg aus der Krise fehlt.

Zagreb, den 9. April 2009

Aleksandra Markic Boban